



Die Ministerin

MGEPA Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



**Überarbeiteter Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des
Wohn- und Teilhabegesetzes (Wohn- und Teilhabegesetz-
Durchführungsverordnung – WTG DVO)**

LT-Vorlage 16/1038

**Herstellung des Benehmens mit dem Ausschuss für Arbeit,
Gesundheit und Soziales**

02. September 2014

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

der Entwurf eines Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW) – LT-Drs. 16/3388 - befindet sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung.

Der Gesetzentwurf enthält in Artikel 2 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) eine Verordnungsermächtigung zur Durchführung dieses Gesetzes.

Einen ersten Verordnungsentwurf hatte ich Ihnen mit Schreiben vom 11. Juli 2013 (Vorlagennummer 16/1038) zur Benehmensherstellung übersandt.

Aufgrund der Folgeänderungen aus der Umsetzung der
Wesentlichkeitstheorie wurde eine Überarbeitung des

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.mgepa.nrw.de

Telefon +49 211 8618-4300
Telefax +49 211 8618-4550
barbara.steffens@mgepa.nrw.de

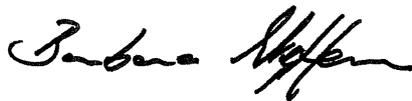
Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 704, 709
und 719 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

Verordnungsentwurfs erforderlich. Zudem waren redaktionelle Anpassungen bzw. Änderungen vorzunehmen.

Die Landesregierung hat daher einen überarbeiteten Entwurf einer Durchführungsverordnung zum WTG beschlossen, den ich Ihnen anliegend übersende.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben und den in 60-facher Ausführung beigefügten geänderten Verordnungsentwurf dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Rahmen des Verfahrens zur Herstellung des Benehmens zuleiten könnten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Barbara Steffens', written in a cursive style.

Barbara Steffens

Verordnungsentwurf

der Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (Wohn- und Teilhabegesetz-Durchführungsverordnung - WTG DVO) vom ##.##### 2014

Auf Grund des § 45 Absatz 1 Nummer 1, Nummer 4 bis 7 und Absatz 2 des Wohn- und Teilhabegesetzes vom (GV. NRW.S.....) verordnet das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter im Benehmen mit dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags sowie - hinsichtlich des § 45 Absatz 1 Nummer 7 des Wohn- und Teilhabegesetzes - im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr:

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeiner Teil

Kapitel 1

Personelle Anforderungen an alle Wohn- und Betreuungsangebote

§ 1 Fachkräfte

§ 2 Persönliche Ausschlussgründe

§ 3 Fort- und Weiterbildung

Kapitel 2

Qualitätssicherung

§ 4 Veröffentlichung der wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen

§ 5 Ergänzung zum Prüfbericht

Teil 2

Besonderer Teil

Kapitel 1

Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot

Abschnitt 1

Anforderungen an die Wohnqualität

§ 6 Allgemeine Anforderungen

§ 7 Individualbereich

§ 8 Gemeinschaftsbereiche

Abschnitt 2

Personelle Anforderungen

§ 9 Personelle Anforderungen

Abschnitt 3

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer

§ 10 Aufgaben des Nutzerinnen- und Nutzerbeirates

§ 11 Mitbestimmung des Beirates

§ 12 Mitwirkung des Beirates

§ 13 Grundsätze der Zusammenarbeit

§ 14 Anzahl der Mitglieder

§ 15 Wahlgrundsätze

§ 16 Wahlverfahren

§ 17 Amtszeit des Beirates

§ 18 Ende der Mitgliedschaft, Nachrücken von Ersatzmitgliedern

§ 19 Verfahrensregelungen zur Beiratsarbeit

§ 20 Bildung und Amtszeit des Beratungsgremiums

§ 21 Vertretungsgremium

§ 22 Bestellung einer Vertrauensperson

Abschnitt 4

Anzeige- und Dokumentationspflichten

§ 23 Anzeigepflichten

§ 24 Dokumentationspflichten

Kapitel 2

Anbietersverantwortete Wohngemeinschaften

Abschnitt 1

Anforderungen an die Wohnqualität

§ 25 Allgemeine Anforderungen

§ 26 Individualbereich

§ 27 Gemeinschaftsbereiche

Abschnitt 2

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer

§ 28 Aufgaben des Nutzerinnen- und Nutzerbeirates

§ 29 Mitbestimmung der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

§ 30 Mitwirkung der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

§ 31 Grundsätze der Zusammenarbeit

§ 32 Verfahrensregelungen zur Arbeit der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

Abschnitt 3

Anzeige- und Dokumentationspflichten

§ 33 Anzeigepflichten

§ 34 Dokumentationspflichten

Kapitel 3

Servicewohnen

§ 35 Anzeigepflichten

Kapitel 4

Ambulante Dienste

§ 36 Anzeigepflichten

§ 37 Dokumentationspflichten

Kapitel 5

Gasteinrichtungen

Abschnitt 1

Anforderungen an die Wohnqualität

§ 38 Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege

§ 39 Hospize

§ 40 Einrichtungen der Kurzzeitbetreuung

Abschnitt 2

Personelle Anforderungen

§ 41 Besondere Fachkraft

Abschnitt 3

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer

§ 42 Vertrauenspersonen

Abschnitt 4

Anzeige- und Dokumentationspflichten

§ 43 Anzeigepflichten

§ 44 Dokumentationspflichten

Teil 3

Schlussbestimmungen

§ 45 Ordnungswidrigkeiten

§ 46 Übergangsvorschrift

§ 47 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Ersetzung von Bundesrecht

Teil 1
Allgemeiner Teil

Kapitel 1
Personelle Anforderungen an alle Wohn- und Betreuungsangebote

§ 1 Fachkräfte

(1) Als Fachkraft in der Pflege und in der sozialen Betreuung nach § 3 Absatz 5 des Wohn- und Teilhabegesetzes ist anerkannt, wer über einen der folgenden Berufsabschlüsse verfügt:

1. Altenpflegerin oder Altenpfleger,
2. Gesundheits- oder Krankenpflegerin oder Gesundheits- oder Krankenpfleger,
3. Kinderkrankenschwester oder Kinderkrankenpfleger,
4. in der Eingliederungshilfe auch Heilerziehungspflegerin oder Heilerziehungspfleger.

(2) Fachkraft für soziale Betreuung ist auch, wer

1. über ein staatlich anerkanntes, abgeschlossenes Studium in Sozialer Arbeit, Sozialpädagogik, Heilpädagogik, Erziehungswissenschaften, Psychologie oder Gesundheits-, Pflege- oder Sozialmanagement,
2. über einen staatlich anerkannten Berufsabschluss als Erzieherin oder Erzieher, Sozialpädagogin oder Sozialpädagoge, Heilerziehungspflegerin oder Heilerziehungspfleger, Heilpädagogin oder Heilpädagoge, Ergo-, Physio- oder Sprachtherapeutin oder -therapeut,
3. über eine in der Anlage 1 aufgeführte oder gleichwertige staatlich anerkannte Berufsqualifikation verfügt.

(3) Fachkräfte, die die Aufgaben nach § 4 Absatz 11 des Wohn- und Teilhabegesetzes für die Pflege beatmungspflichtiger Personen wahrnehmen, sollen über eine Fachweiterbildung Anästhesie oder Intensivpflege verfügen oder

mindestens geeignete Fortbildungen über die besonderen fachlichen Anforderungen der Pflege beatmungspflichtiger Patienten besucht haben.

§ 2 Persönliche Ausschlussgründe

(1) Bei Einrichtungsleitung, Pflegedienstleitung, verantwortlicher Fachkraft und Beschäftigten im Sinne des § 3 Absatz 4 des Wohn- und Teilhabegesetzes dürfen keine Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass sie für die Ausübung ihrer Tätigkeit persönlich ungeeignet sind. Ungeeignet ist insbesondere,

1. wer wegen einer Straftat gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung oder die persönliche Freiheit oder wegen vorsätzlicher Körperverletzung, wegen Diebstahls, wegen einer gemeingefährlichen Straftat, wegen einer Straftat nach den §§ 29 bis 30b des Betäubungsmittelgesetzes,

2. wer als Einrichtungsleitung wegen Erpressung, Urkundenfälschung, Untreue, Unterschlagung, Betrugs, Hehlerei oder einer Insolvenzstraftat zu einer Freiheitsstrafe oder Ersatzfreiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt worden ist, sofern die Tilgung im Zentralregister noch nicht erledigt ist.

(2) Eine Einrichtungsleitung, Pflegedienstleitung oder eine verantwortliche Fachkraft ist auch dann ungeeignet, wenn gegen sie wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 42 des Wohn- und Teilhabegesetzes mehr als zweimal eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt worden ist, soweit nicht fünf Jahre seit Rechtskraft des letzten Bußgeldbescheides vergangen sind.

(3) Die Feststellung der persönlichen Eignung der Beschäftigten liegt in der Verantwortung der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter. Um ihr gerecht zu werden, sollen sie sich bei der Einstellung und in regelmäßigen Abständen ein amtliches Führungszeugnis vorlegen lassen. Für Leitungskräfte gemäß § 4 Absatz 9 WTG ist eine solche Vorlage verpflichtend zu fordern. Für andere Beschäftigte sind andere begründete Verfahrensweisen zur Sicherstellung der Beschäftigteneignung möglich und der Behörde auf Verlangen darzulegen.

§ 3 Fort- und Weiterbildung

(1) Einrichtungsleitung, Pflegedienstleitung und verantwortliche Fachkraft sind verpflichtet, sich entsprechend ihres Aufgabenspektrums auch in Fragen der Personalführung, Organisationsentwicklung, Qualitätssicherung einschließlich der Erlangung und Fortentwicklung interkultureller, kultur- und geschlechtersensibler Kompetenz sowie Möglichkeiten der Vermeidung freiheitsentziehender Maßnahmen regelmäßig fortzubilden.

(2) Zur Umsetzung der Vorgaben des Absatz 1 ist die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter verpflichtet, der Einrichtungsleitung, Pflegedienstleitung und verantwortlichen Fachkraft Gelegenheit zur Teilnahme an Veranstaltungen berufsbegleitender Fort- und Weiterbildung zu geben. Die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter ist zudem verpflichtet, den Beschäftigten im Sinne des § 3 Absatz 4 des Wohn- und Teilhabegesetzes den Besuch von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die sie zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nach dem jeweiligen Stand der fachlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisse benötigen, zu ermöglichen. Zu den Inhalten der Fortbildung sollen auch Kenntnisse über die Grundsätze der Umsetzung des Gesetzes zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008 (BGBl. II S. 1419) gehören.

(3) Die Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter haben zudem sicherzustellen, dass Beschäftigte, die ältere pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit demenzbedingten Einschränkungen betreuen, in angemessenem Umfang über palliativpflegerische sowie geriatrische oder gerontopsychiatrische Kenntnisse verfügen.

(4) Mehrjährig Beschäftigten, die keine Fachkräfte im Sinne des § 3 Absatz 5 des Wohn- und Teilhabegesetzes sind, soll Gelegenheit zur Nachqualifizierung gegeben werden.

Kapitel 2

Qualitätssicherung

§ 4 Veröffentlichung der wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen

(1) Die wesentlichen Ergebnisse der wiederkehrenden ordnungsbehördlichen Prüfungen der Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot, Gasteinrichtungen und der anbieterverantworteten Wohngemeinschaften werden nach dem Muster der Anlage 2 (Ergebnisbericht) im Internet-Portal des Kreises oder der kreisfreien Stadt, der oder die die Prüfung vorgenommen hat, veröffentlicht.

(2) Die zuständige Behörde stellt sicher, dass die Ergebnisberichte für alle Interessierten verständlich, übersichtlich und in leichter Sprache formuliert sind. Personenbezogene und personenbeziehbare Daten sind zu anonymisieren.

(3) Die Veröffentlichung soll spätestens drei Monate nach der Prüfung der Einrichtung oder der anbieterverantworteten Wohngemeinschaft erfolgen. Vor der Veröffentlichung übersendet die zuständige Behörde der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter den Entwurf des zu veröffentlichenden Ergebnisberichtes und gibt ihr oder ihm Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer Frist von vier Wochen. Hält die zuständige Behörde Einwendungen der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters für berechtigt, so ändert sie den zu veröffentlichenden Ergebnisbericht entsprechend ab. Hält sie die Einwendungen der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters nicht für berechtigt, so teilt sie dies der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter mit. Hält die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter dennoch an den Einwendungen fest, veröffentlicht die zuständige Behörde den Ergebnisbericht mit den Einwendungen der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters und einer eigenen Stellungnahme zu den Einwendungen.

(4) Enthält der Ergebnisbericht Feststellungen zu Mängeln in der Erfüllung der Anforderungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz oder nach den auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und werden diese Mängel von der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter beseitigt, so wird

die Mängelbeseitigung auf Antrag der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters im Zusammenhang mit dem veröffentlichten Ergebnisbericht dokumentiert.

§ 5 Ergänzung zum Ergebnisbericht

Machen die Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter von der Möglichkeit der Selbstdarstellung nach § 14 Absatz 8 des Wohn- und Teilhabegesetzes Gebrauch, so haben sie diese nach dem Muster der Anlage 2 auszufüllen und der zuständigen Behörde am Tag der Prüfung zur Verfügung zu stellen. Bei den in der Selbstdarstellung gemachten Angaben muss es sich um nach dem Wohn- und Teilhabegesetz und nach dieser Verordnung von der zuständigen Behörde überprüfbare und richtige Angaben handeln. Stellt die zuständige Behörde im Rahmen der Prüfung fest, dass in der Selbstdarstellung gemachte Angaben nicht überprüfbar oder nicht richtig sind, werden diese Angaben aus der Selbstdarstellung gelöscht. Vor der Löschung gibt die zuständige Behörde der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter die Gelegenheit zur Änderung der Selbstdarstellung innerhalb einer Frist von vier Wochen. Die Selbstdarstellung ist als solche zu kennzeichnen und wird in den Ergebnisbericht der zuständigen Behörde einbezogen.

Teil 2

Besonderer Teil

Kapitel 1

Einrichtungen mit umfassenden Leistungsangebot

Abschnitt 1

Anforderungen an die Wohnqualität

§ 6 Allgemeine Anforderungen

(1) Unter Berücksichtigung besonderer konzeptioneller, betriebsorganisatorischer und wirtschaftlicher Bedingungen kann mit Zustimmung der zuständigen Behörde von der Vorgabe nach § 20 Absatz 2 des Wohn- und Teilhabegesetzes abgewichen

werden, sofern die Grundsätze der Überschaubarkeit, Wohnortnähe und Dezentralität gewahrt bleiben.

(2) Es ist auf eine für die Nutzerinnen und Nutzer überschaubare baulich- räumliche Struktur hinzuwirken. In den Einrichtungen sollen Wohnbereiche so errichtet werden, dass nicht mehr als 36 Personen - unterteilt in Gruppen - betreut werden können. Lange Flure sind zu vermeiden.

(3) Bei der baulich-räumlichen Gestaltung darf eine Nettogrundfläche von 45 qm je Nutzerin oder Nutzer nicht unterschritten werden.

(4) Die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter hat für eine den klimatischen Verhältnissen angepasste Innentemperatur in den Individual- und Gemeinschaftsbereichen zu sorgen.

§ 7 Individualbereich

(1) Grundsätzlich soll jedem Zimmer ein eigenes Duschbad mit WC zugeordnet sein; so genannte Tandemlösungen, bei denen ein Bad für zwei Nutzerinnen oder Nutzer errichtet wird, sind ausnahmsweise zulässig. In bestehenden Einrichtungen müssen mindestens Tandembäder bis zum 31. Juli 2018 errichtet werden.

(2) Die Wohnfläche der Zimmer der Nutzerinnen und Nutzer muss ohne Bad bei Einzelzimmern mindestens 14 qm und bei Doppelzimmern mindestens 24 qm betragen. Der Zuschnitt von Doppelzimmern ist so zu gestalten, dass zwei räumlich gleichwertige Bereiche entstehen.

(3) Der Zugang zu den Zimmern der Nutzerinnen und Nutzer muss unmittelbar von den Verkehrsflächen oder aus Gemeinschaftsräumen möglich sein. Die Zimmer dürfen nicht als Durchgangszimmer ausgelegt sein.

(4) Die Zimmer der Nutzerinnen und Nutzer müssen über die baulich-technischen Voraussetzungen für Rundfunk- und Fernsehempfang sowie die Nutzung von

Telefon und Internet verfügen. Die Fenster und Fassaden sind so zu gestalten, dass auch bei Bettlägerigkeit Blickbezüge zum Außenbereich ermöglicht werden. Eine reine Nordlage soll bei den Zimmern der Nutzerinnen und Nutzer vermieden werden. Auf Wunsch oder wenn der konkrete Pflege- oder Betreuungsbedarf der Nutzerinnen und Nutzer es erfordert, muss eine Rufanlage vorhanden sein.

§ 8 Gemeinschaftsbereiche

(1) Gemeinschaftsflächen sind mit mindestens fünf qm je Nutzerin und Nutzer bei den Planungen zu berücksichtigen. Davon sind in der Regel mindestens drei qm je Nutzerin und Nutzer als Wohngruppenraum vorzusehen. Je Wohngruppe soll ein Wohngruppenraum geschaffen werden. Werden Küche und hauswirtschaftliche Funktionen in den Wohngruppenraum integriert, muss dieser eine entsprechend größere Fläche haben.

(2) Die verbleibende Gemeinschaftsfläche soll innerhalb der Einrichtung entsprechend der fachlichen Konzeption für die Organisation der Betreuung der Nutzerinnen oder der Nutzer vorgesehen werden.

(3) In Einrichtungen, die konzeptionell auf die Betreuung pflegebedürftiger Menschen ausgerichtet sind, muss mindestens ein Pflegebad vorhanden sein, soweit nicht in allen Individualbereichen entsprechend geeignete Dusch- oder Bademöglichkeiten bestehen. Soweit der konkrete Pflege- oder Betreuungsbedarf der Nutzerinnen und Nutzer es erfordert, kann die zuständige Behörde auch das Vorhalten weiterer Pflegebäder - maximal eines für jeweils 20 Nutzerinnen und Nutzer - verlangen.

(4) In jeder Einrichtung muss für je bis zu 30 Nutzerinnen und Nutzer, die in Doppelzimmern leben, mindestens ein freizuhaltendes Einzelzimmer vorhanden sein, um auf Krisenfälle angemessen reagieren zu können und im Bedarfsfall auch für eine würdevolle Sterbebegleitung und Abschiednahme durch Angehörige die nötigen Rahmenbedingungen bieten zu können.

(5) In jedem Wohnbereich ist mindestens ein WC vorzuhalten. Für jeweils bis zu vierzig Nutzerinnen und Nutzern ist ein rollstuhlgerechtes Gäste-WC vorzuhalten.

(6) Für Küchen, Küchenausstattung und Lagerräume sind entsprechend dem Bedarf der Einrichtung angemessene Flächen im Raumangebot zu berücksichtigen.

(7) In jeder Einrichtung soll ein ausreichend großer, geschützter und von mobilen Nutzerinnen und Nutzern selbständig nutzbarer Außenbereich (Garten, Terrasse oder Gemeinschaftsbalkon) vorgehalten werden.

Abschnitt 2

Personelle Anforderungen

§ 9 Personelle Anforderungen

(1) Einrichtungsleitungen haben den Erwerb der grundlegenden Kenntnisse nach § 21 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes, soweit diese nicht bereits Gegenstand ihrer Ausbildung oder ihres Studiums waren, durch den Nachweis geeigneter Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu belegen.

(2) Grundlegende Kenntnisse im Sinne des § 21 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes umfassen allgemeine Kenntnisse über betriebswirtschaftliche Abläufe und Zusammenhänge sowie insbesondere Grundkenntnisse der Personalwirtschaft und Mitarbeiterführung. Daneben ist die Kenntnis grundlegender Prozesse der Pflege und Betreuung umfasst, soweit die jeweilige Einrichtung die entsprechenden Leistungen anbietet.

Abschnitt 3

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer

§ 10 Aufgaben des Nutzerinnen- und Nutzerbeirates

Der Beirat hat folgende Aufgaben:

1. Maßnahmen bei der Einrichtungsleitung, der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter zu beantragen, die den Nutzerinnen und Nutzern dienen,

2. Beschwerden und Anregungen an die Einrichtungsleitung weiterzugeben und mit ihr darüber zu verhandeln,
3. neuen Nutzerinnen und Nutzern zu helfen, sich in der Einrichtung zurechtzufinden,
4. vor Ablauf der Amtszeit einen Wahlausschuss zu bilden und eine neue Wahl vorzubereiten,
5. mindestens einmal jährlich eine Nutzerinnen- und Nutzerversammlung durchzuführen und dort einen Bericht über die Tätigkeiten abzugeben,
6. bei Maßnahmen mitzuwirken, bei denen es um die Förderung der Qualität der Betreuung geht,
7. mit der Einrichtungsleitung und den Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbietern in allen Fragen zusammenzuarbeiten, die die Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer und ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft betreffen.

§ 11 Mitbestimmung des Beirates

Der Beirat bestimmt mit bei Entscheidungen der Einrichtungsleitung

1. zur Aufstellung der Grundsätze der Verpflegungsplanung,
2. zur Planung und Durchführung von Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung und
3. zur Gestaltung der Hausordnung.

Zur Umsetzung der Mitbestimmung informiert die Einrichtungsleitung den Beiratsvorsitz schriftlich über die mitbestimmungspflichtige Fragestellung. Der oder die Vorsitzende führt eine Befassung des Beirates mit der Fragestellung herbei. Sofern der Beirat nicht binnen vier Wochen nach der Information durch die Einrichtungsleitung eine Rückmeldung gibt oder Gründe für eine Verzögerung der Entscheidung mitteilt, gilt seine Zustimmung zur Entscheidung als erteilt.

§ 12 Mitwirkung des Beirates

(1) Der Beirat wirkt insbesondere mit bei Entscheidungen über:

1. Maßnahmen zum Verhindern von Unfällen,

2. eine Änderung der Kostensätze,
3. die Gestaltung der Grundsätze von Unterkunft und Betreuung,
4. Ausstattung und Gestaltung der Gemeinschaftsräume und -einrichtungen,
5. wesentliche Veränderungen des Angebotes,
6. einen Zusammenschluss mit einer anderen Einrichtung,
7. umfassende Baumaßnahmen und Instandsetzungsarbeiten,
8. Maßnahmen der sozialen Betreuung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft,
9. die Einstellung der Einrichtungsleitung und der Pflegedienstleitung
10. die Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Vermeidung von Gewalt.

(2) Die Einrichtungsleitung ist verpflichtet, dem Beirat auf Nachfrage mitzuteilen, wie Finanzierungsbeiträge einer Nutzerin oder eines Nutzers nach § 7 Absatz 2 des Wohn- und Teilhabegesetzes verwendet werden.

(3) Über personenbezogene Kenntnisse aus einer Mitwirkung nach Absatz 1 Nr. 9 und Absatz 2 sind die Mitglieder des Beirates zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 13 Grundsätze der Zusammenarbeit

(1) Beirat und Einrichtungsleitung sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Der Beirat soll rechtzeitig und umfassend von der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter und der Einrichtungsleitung über seine Rechte und alle Dinge, die der Mitbestimmung und Mitwirkung unterliegen, informiert und auch fachlich beraten werden.

(2) Die Anträge und Beschwerden des Beirats müssen von der Einrichtungsleitung spätestens nach zwei Wochen beantwortet werden. Wird dem Anliegen nicht entsprochen, muss die Einrichtungsleitung dies bei der Beantwortung schriftlich begründen.

(3) Der Beirat kann die zuständige Behörde in Angelegenheiten, die seiner Mitwirkung unterliegen, um eine Beratung bitten, wenn die beabsichtigten Maßnahmen der Einrichtungsleitung nicht mit geltenden rechtlichen Bestimmungen oder mit den Belangen der Nutzerinnen und Nutzer vereinbar sind.

(4) Wenn der Beirat in den Angelegenheiten, die seiner Mitbestimmung unterliegen, seine Zustimmung nicht erteilt und auch nach einer Besprechung zwischen Einrichtungsleitung und Beirat keine Einigung zustande kommt, wird die zuständige Behörde versuchen, zu vermitteln. Kommt immer noch keine Einigung zustande, entscheidet sie unter Abwägung der Interessen der Nutzerinnen und Nutzer und der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter nach billigem Ermessen.

(5) Der Beirat bekommt einen Platz für einen Schaukasten oder ein schwarzes Brett und erhält die Möglichkeit, kostenfrei Mitteilungen an die Nutzerinnen und Nutzer zu versenden.

§ 14 Anzahl der Mitglieder

Die Zahl der Mitglieder des Beirates bestimmt sich wie folgt:

- a) drei bei bis zu 50 Nutzerinnen und Nutzern,
- b) jeweils zwei je angefangene weitere 50 Nutzerinnen und Nutzer.

§ 15 Wahlgrundsätze

(1) Der Beirat wird in geheimer Wahl gewählt. Wahlvorschläge können von den Nutzerinnen und Nutzern, ihren gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Vertreterinnen und Vertretern sowie – soweit vorhanden – von der gewählten Vertretung der Seniorinnen und Senioren der Kommunen unterbreitet werden.

(2) Jede Nutzerin und jeder Nutzer hat so viele Stimmen, wie Beiratsmitglieder zu wählen sind. Gewählt sind die Personen, auf die die meisten Stimmen entfallen.

(3) Lebt bei Stimmgleichheit nur eine der Personen mit gleicher Stimmzahl in der Einrichtung, so ist diese gewählt. In allen anderen Fällen einer Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(4) Die Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht gewählt wurden, kommen auf eine Ersatzliste. Wenn Mitglieder aus dem Beirat ausscheiden oder verhindert sind, rückt von ihnen in den Beirat nach, wer bei der letzten Wahl die meisten Stimmen erhalten hat.

§ 16 Wahlverfahren

(1) Spätestens acht Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit wählt der Beirat einen Wahlausschuss aus drei Nutzerinnen oder Nutzern aus, der die neue Wahl eines Beirats organisiert. Der Wahlausschuss wird bei seiner Aufgabe von der Einrichtungsleitung und vom Beratungsgremium unterstützt.

(2) Der Wahlausschuss bestimmt darüber, ob in einer Wahlversammlung oder im schriftlichen Verfahren gewählt werden soll. Er teilt allen Nutzerinnen und Nutzern rechtzeitig (spätestens vier Wochen vorher) den Ort und den Zeitpunkt der Wahl sowie die Namen aller Kandidatinnen und Kandidaten mit.

(3) Gibt es keinen Beirat, wählt der Beirat nicht spätestens acht Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit drei Nutzerinnen und Nutzer für den Wahlausschuss aus oder steht keine Nutzerin oder kein Nutzer für den Wahlausschuss zur Verfügung, muss die Einrichtungsleitung die Wahl nach den Grundsätzen dieser Verordnung durchführen.

(4) Die Einrichtungsleitung informiert die zuständige Behörde über eine bevorstehende Wahl. Sie hält die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten, den Ablauf des Wahlverfahrens und das Wahlergebnis schriftlich fest und teilt dies der zuständigen Behörde mit. Kann kein Beirat gewählt werden, hat sie auch das unter Angabe der Gründe der zuständigen Behörde bekannt zu geben.

(5) Der Wahlausschuss informiert die Nutzerinnen und Nutzer durch einen Aushang am schwarzen Brett oder andere geeignete Mittel über das Ergebnis der Wahl und lädt den Beirat innerhalb von 14 Tagen nach der Wahl zur ersten Sitzung ein.

§ 17 Amtszeit des Beirates

(1) Die Amtszeit beträgt in Einrichtungen der Eingliederungshilfe vier Jahre, in anderen Einrichtungen zwei Jahre. Bestehen Zweifel über die Zuordnung einer Einrichtung, legt die zuständige Behörde die Wahlzeit auf Antrag der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter oder mindestens einer Nutzerin oder eines Nutzers fest. Sie kann die Wahlzeit auch in Einrichtungen der Eingliederungshilfe auf zwei Jahre verkürzen, wenn sich die längere Wahlzeit einrichtungsbezogen nicht als umsetzbar erwiesen hat.

(2) Die Amtszeit endet bereits vor Ablauf dieser Frist, wenn die Anzahl der Mitglieder im Beirat um mehr als die Hälfte gesunken ist, ohne dass Ersatzmitglieder zur Verfügung stehen.

§ 18 Ende der Mitgliedschaft, Nachrücken von Ersatzmitgliedern

(1) Die Mitgliedschaft im Beirat endet durch

1. Ablauf der Amtszeit,
2. Rücktritt vom Amt oder
3. Ausscheiden aus der Einrichtung.

(2) Sind Angehörige oder gesetzliche oder rechtsgeschäftliche Vertretungen einer Nutzerin oder eines Nutzers in den Beirat gewählt, so verbleiben sie bis zum Ablauf der Amtszeit auch dann im Beirat, wenn die Nutzerin oder der Nutzer aus der Einrichtung ausscheidet.

§ 19 Verfahrensregelungen zur Beiratsarbeit

(1) Der Beirat wählt mit einfacher Mehrheit eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Der oder die Vorsitzende vertritt die Interessen des Beirats und der Nutzerinnen und Nutzer gegenüber der Einrichtungsleitung.

(2) Die oder der Vorsitzende des Beirats lädt zu den Sitzungen ein und legt die Tagesordnung fest. Die Einrichtungsleitung muss von dem Zeitpunkt der Sitzung rechtzeitig erfahren und teilnehmen, wenn sie eingeladen wird.

(3) Der Beirat kann bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und Rechte weitere unabhängige fach- und sachkundige Personen seines Vertrauens hinzuziehen. Sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Ist die Hinzuziehung zur Aufgabenwahrnehmung nach diesem Gesetz erforderlich, sind Fahrtkosten und andere Auslagen (einschließlich angemessenen Honorars) für hinzugezogene Fachleute von der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter zu zahlen. Der Beirat kann sich mit seinen Fragen zur Mitwirkung und Mitbestimmung auch an die zuständige Behörde wenden.

(4) Beschlüsse trifft der Beirat mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder an der Sitzung teilnimmt. Sollte die Anzahl an Stimmen gleich sein, hat die oder der Vorsitzende eine zweite Stimme.

(5) Von jeder Sitzung des Beirates muss ein Bericht über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung angefertigt werden. Die Einrichtungsleitung unterstützt hierbei in geeigneter Weise.

§ 20 Bildung und Amtszeit des Beratungsgremiums

Das Beratungsgremium nach § 22 Absatz 5 Satz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes wird auf Wunsch des Beirates gebildet. Das Beratungsgremium soll nicht mehr Mitglieder als der Beirat haben. Die Einrichtungsleitung fordert Interessentinnen und Interessenten durch einen öffentlichen Aushang in der Einrichtung auf, ihre Bereitschaft an einer Mitarbeit im Beratungsgremium zu bekunden. Der Beirat bestimmt die Mitglieder des Beratungsgremiums und informiert die Einrichtungsleitung. Diese hat die Nutzerinnen und Nutzer in geeigneter Weise von der Bestellung zu unterrichten. Die Amtszeit des Beratungsgremiums entspricht der Amtszeit des Beirates.

§ 21 Vertretungsgremium

(1) Die zuständige Behörde fordert die Angehörigen sowie die rechtsgeschäftlichen und gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter der Nutzerinnen und Nutzer durch

einen öffentlichen Aushang in der Einrichtung auf, sich bei Bereitschaft an einer Mitarbeit im Vertretungsgremium zu melden. Aus den Interessierten bestimmt die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen die Mitglieder des Vertretungsgremiums. Das Vertretungsgremium hat so viele Mitglieder, die gleiche Amtszeit und die gleichen Rechte und Pflichten wie der Beirat. Die Bestellung ist den Mitgliedern des Vertretungsgremiums und der Leistungsanbieterin bzw. dem Leistungsanbieter schriftlich mitzuteilen. Die Einrichtungsleitung hat die Nutzerinnen und Nutzer in geeigneter Weise von der Bestellung zu unterrichten.

(2) Sobald ein Beirat gewählt werden kann, erlischt die Funktion des Vertretungsgremiums.

§ 22 Bestellung einer Vertrauensperson

(1) Bestellt die zuständige Behörde eine Vertrauensperson, so beträgt die regelmäßige Amtszeit der Vertrauensperson zwei Jahre. Eine Wiederbestellung ist zulässig.

(2) Zur Vertrauensperson kann nur eine Person bestellt werden, die nach ihrer Persönlichkeit und ihren Fähigkeiten zur Ausübung dieses Amtes geeignet ist. Sie muss von der zuständigen Behörde und von der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter, von denen, die den Aufenthalt in der Einrichtung bezahlen und von denen, die die Interessen der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters vertreten, unabhängig sein. Ausgeschlossen als Vertrauensperson ist auch, wer als Angehörige oder Angehöriger den Aufenthalt einer Nutzerin oder eines Nutzers bezahlt. Die Vertrauensperson muss mit der Bestellung einverstanden sein.

(3) Die zuständige Behörde hat die Bestellung aufzuheben, wenn

1. die Vertrauensperson die Voraussetzungen für das Amt nicht mehr erfüllt,
2. die Vertrauensperson gegen ihre Amtspflichten verstößt,
3. sie ihr Amt niederlegt,
4. ein Beirat oder ein Vertretungsgremium gebildet worden ist,

5. eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Vertrauensperson und den Nutzerinnen und Nutzern nicht mehr möglich ist.

(4) § 21 Absatz 1 Sätze 4 und 5 und Absatz 2 gilt entsprechend.

(5) Die Vertrauensperson hat die gleichen Rechte und Pflichten wie der Beirat. Die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter hat der Vertrauensperson zur Ausübung ihres Amtes Zutritt zur Einrichtung zu gewähren und ihr zu ermöglichen, sich mit den Nutzerinnen und Nutzern in Verbindung zu setzen.

Abschnitt 4

Anzeige- und Dokumentationspflichten

§ 23 Anzeigepflichten

(1) Die Anzeige gemäß § 9 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes muss folgende Angaben enthalten:

1. den vorgesehenen Zeitpunkt der Betriebsaufnahme,
2. die Namen und die Anschriften der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter sowie der Einrichtung,
3. die Nutzungsart, die allgemeine Leistungsbeschreibung, die Konzeption der Einrichtung sowie das vorgesehene Qualitäts- und Beschwerdeverfahren,
4. die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer, deren Aufnahme beabsichtigt ist,
5. die Zahl der Beschäftigten sowie deren Stellenumfang und Qualifikation,
6. den Namen, die berufliche Ausbildung und die Angaben, die für die Beurteilung der fachlichen Eignung der Einrichtungsleitung und bei Pflegeeinrichtungen auch der Pflegedienstleitung wesentlich sind,
7. die Regelungen in der vorgesehenen Hausordnung in der Einrichtung und
8. die Versorgungs- und Vergütungsvereinbarungen nach dem Sozialgesetzbuch, sofern vorhanden; gegebenenfalls sind diese unverzüglich nachzureichen.

(2) Stehen die Einrichtungsleitung oder die Pflegedienstleitung zum Zeitpunkt der Anzeige noch nicht fest, ist die Mitteilung spätestens vor Wohnraumüberlassung und Aufnahme der Betreuung nachzuholen.

(3) Der zuständigen Behörde sind Änderungen, die Angaben gemäß Absatz 1 betreffen, unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt für Angaben nach Absatz 1 Nummer 4 und 5 nur, wenn sich die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer oder der Beschäftigten um mehr als 10 Prozent gegenüber der letzten Anzeige ändert. Hinsichtlich Absatz 1 Nummer 4 beziehen sich die anzeigepflichtigen Änderungen auf die tatsächlich aufgenommenen Nutzerinnen und Nutzer gegenüber den bisher als beabsichtigt oder tatsächlich aufgenommen gemeldeten. Eine quartalsweise Meldung ist ausreichend.

§ 24 Dokumentationspflichten

Aus der Dokumentation nach § 10 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes muss ersichtlich werden:

1. die Nutzungsart, die Lage, die Zahl und die Größe der Räume sowie die Belegung der Wohnräume,
2. der Name und der Vorname der Beschäftigten, deren Ausbildung und ausgeübte Tätigkeit sowie die anhand der Dienstpläne jeweils für den Vormonat und den laufenden Monat ermittelbare und die für den kommenden Monat geplante Arbeitszeit aller Beschäftigten,
3. der Name und der Vorname der Nutzerinnen und Nutzer sowie der quartalsweise ermittelbare differenzierte Betreuungs- und Pflegebedarf aller Nutzerinnen und Nutzer,
4. die Umsetzung der individuellen Pflegeplanungen und der Förder- und Hilfepläne für die Nutzerinnen und Nutzer,
5. die freiheitsbeschränkenden und die freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Nutzerinnen und Nutzern sowie die Angabe der oder des für die Anordnung und die Dauer der Maßnahme verantwortlichen Beschäftigten,
6. der Erhalt, die Aufbewahrung und die Verabreichung von Arzneimitteln einschließlich der pharmazeutischen Überprüfung der Arzneimittelvorräte und der

Unterweisung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den sachgerechten Umgang mit Arzneimitteln,

7. die Vollmachten der Nutzerinnen und Nutzer und die Abrechnung der für sie verwalteten Gelder oder Wertsachen,

8. bestehende Vereinbarungen mit Haus-, Fach- und Zahnärzten,

9. bestehende Kooperationen mit den besonderen Angeboten der ambulanten Palliativversorgung,

10. die Konzepte zur Sicherung der Betreuungsqualität und der Teilhabe und zur Gewaltprävention.

Kapitel 2

Anbietersverantwortete Wohngemeinschaften

Abschnitt 1

Anforderungen an die Wohnqualität

§ 25 Allgemeine Anforderungen

Die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter hat für eine den klimatischen Verhältnissen angepasste Innentemperatur in den Individual- und Gemeinschaftsbereichen zu sorgen.

§ 26 Individualbereich

(1) Für jeweils höchstens vier Nutzerinnen und Nutzer muss ein Duschbad mit WC vorhanden sein. Bei Wohngemeinschaften in Neubauten sind mindestens Tandembäder vorzusehen.

(2) Die Wohnfläche der Zimmer der Nutzerinnen und Nutzer muss ohne Bad mindestens 14 qm betragen. Bei Wohngemeinschaften im Gebäudebestand kann die zuständige Behörde Abweichungen von dieser Anforderung zulassen, wenn dies durch eine über die Anforderungen des § 27 Absatz 1 hinausgehende Gemeinschaftsfläche ausgeglichen wird und die verbleibende Fläche so groß ist,

dass der Zweck des Gesetzes insbesondere im Hinblick auf Selbstbestimmung und Achtung der Privatsphäre nicht gefährdet wird.

(3) Der Zugang zu den Zimmern der Nutzerinnen und Nutzer muss unmittelbar von den Verkehrsflächen oder Gemeinschaftsräumen möglich sein. Die Zimmer dürfen nicht als Durchgangszimmer ausgelegt sein.

(4) Die Zimmer der Nutzerinnen und Nutzer müssen über die baulich-technischen Voraussetzungen für Rundfunk- und Fernsehempfang sowie die Nutzung von Telefon und Internet verfügen. Die Fenster und Fassaden sind so zu gestalten, dass auch bei Bettlägerigkeit Blickbezüge zum Außenbereich ermöglicht werden. Auf Wunsch oder auf Grund des konkreten Pflege- oder Betreuungsbedarfs der Nutzerinnen und Nutzer müssen die technischen Voraussetzungen zur Inbetriebnahme einer Notrufanlage vorgehalten werden.

§ 27 Gemeinschaftsbereiche

(1) In der Wohngemeinschaft muss mindestens ein Raum für die gemeinschaftliche Nutzung vorhanden sein. Dafür sind mindestens drei qm je Nutzerin und Nutzer vorzusehen. Wird die Küche in den Raum für die gemeinschaftliche Nutzung integriert (Wohnküche), muss dieser eine entsprechend größere Fläche haben. Sofern die Wohngemeinschaft nach ihrer Konzeption auf die Betreuung durch mindestens eine ständig anwesende Betreuungskraft ausgerichtet ist, muss durch bauliche oder organisatorische Maßnahmen sichergestellt sein, dass die Nutzerinnen und Nutzer in ihrer Lebensgestaltung nicht eingeschränkt werden. Davon ist auszugehen, wenn zusätzlich ein Dienstzimmer vorgehalten wird.

(2) Bei Wohngemeinschaften im Gebäudebestand kann die zuständige Behörde Abweichungen von den Anforderungen des Absatz 1 zulassen, wenn dies durch eine über die Anforderungen des § 26 Absatz 2 hinausgehende Wohnfläche der Einzelzimmer ausgeglichen wird.

(3) Die Wohngemeinschaft muss über mindestens eine Küche oder Wohnküche mit einer dem Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer entsprechenden Küchenausstattung verfügen.

Abschnitt 2

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer

§ 28 Aufgaben der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Maßnahmen bei der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter zu beantragen, die den Nutzerinnen und Nutzern dienen,
2. Beschwerden und Anregungen an die Leistungsanbieterin oder den Leistungsanbieter weiterzugeben und mit ihr oder ihm darüber zu verhandeln,
3. neuen Nutzerinnen und Nutzern zu helfen, sich in der Wohngemeinschaft zurechtzufinden und
4. bei Maßnahmen mitzuwirken, bei denen es um die Förderung der Qualität der Betreuung geht,
5. mit den Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbietern in allen Fragen zusammenzuarbeiten, die die Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer und ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft betreffen.

§ 29 Mitbestimmung der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung bestimmt mit bei Entscheidungen zur

1. Aufstellung der Grundsätze der Verpflegungsplanung,
2. Planung und Durchführung von Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung,
3. Gestaltung der Grundsätze von Unterkunft und Betreuung,
4. Ausstattung und Gestaltung der Gemeinschaftsräume und -einrichtungen,
5. sozialen Betreuung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft,
6. Gestaltung der Hausordnung,
7. Verwendung gemeinsamer Mittel für die Haushaltsführung in der Wohngemeinschaft vorbehaltlich vorrangiger vertraglicher Regelungen.

Zur Umsetzung der Mitbestimmung informiert die Einrichtungsleitung die Nutzerinnen und Nutzer schriftlich oder durch Aushang über die mitbestimmungspflichtige Fragestellung. Sofern die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung nicht binnen vier Wochen nach der Information durch die Einrichtungsleitung eine Rückmeldung gibt oder Gründe für eine Verzögerung der Entscheidung mitteilt, gilt ihre Zustimmung zur Entscheidung als erteilt.

§ 30 Mitwirkung der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

(1) Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung wirkt insbesondere mit bei:

1. Maßnahmen zum Verhindern von Unfällen,
2. einer Änderung der Kostensätze,
3. wesentlichen Veränderungen des Angebotes,
4. einem Zusammenschluss mit einer anderen Wohngemeinschaft,
5. Entscheidungen über umfassende Baumaßnahmen und Instandsetzungsarbeiten,
6. der Einstellung der verantwortlichen Fachkraft,
7. der Aufnahme neuer Nutzerinnen und Nutzer.

(2) Die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter ist verpflichtet, der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung auf Nachfrage mitzuteilen, wie Finanzierungsbeiträge einer Nutzerin oder eines Nutzers nach § 7 Absatz 2 des Wohn- und Teilhabegesetzes verwendet werden. In diesem Fall müssen die Mitglieder der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung über das, was sie erfahren, schweigen.

§ 31 Grundsätze der Zusammenarbeit

(1) Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung und die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung soll rechtzeitig und umfassend von der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter über ihre Rechte und alle Dinge, die der Mitbestimmung und Mitwirkung unterliegen, informiert und auch fachlich beraten werden.

(2) Die Anträge und Beschwerden der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung müssen von der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter spätestens nach zwei Wochen beantwortet werden. Wird dem Anliegen nicht entsprochen, muss die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter dies schriftlich begründen.

(3) Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung kann die zuständige Behörde in Angelegenheiten, die ihrer Mitwirkung unterliegen, um eine Beratung bitten, wenn die beabsichtigten Maßnahmen der Leistungsanbieterinnen oder der Leistungsanbieter nach ihrer Auffassung nicht mit geltenden rechtlichen Bestimmungen vereinbar oder für die Nutzerinnen und Nutzer nicht zumutbar sind.

(4) Wenn die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung in den Angelegenheiten, die ihrer Mitbestimmung unterliegen, ihre Zustimmung nicht erteilt und auch nach einer Besprechung mit den Leistungsanbieterinnen oder Leistungsanbietern keine Einigung zustande kommt, wird die zuständige Behörde versuchen, zu vermitteln. Kommt auch dadurch keine Einigung zustande, entscheidet sie unter Abwägung der Interessen der Nutzerinnen und Nutzer und der Leistungsanbieterin oder dem Leistungsanbieter nach billigem Ermessen.

(5) Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung bekommt einen Platz für einen Schaukasten oder ein schwarzes Brett.

§ 32 Verfahrensregelungen zur Arbeit der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung

(1) Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung wählt mit einfacher Mehrheit eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Der oder die Vorsitzende vertritt die Interessen der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung gegenüber den Leistungsanbieterinnen oder Leistungsanbietern und regelt das Verfahren der Beratungen.

(2) Die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung kann bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Rechte weitere unabhängige fach- und sachkundige Personen ihres Vertrauens hinzuziehen. Sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Nutzerinnen-

und Nutzerversammlung kann sich mit ihren Fragen zur Mitwirkung und Mitbestimmung auch an die zuständige Behörde wenden.

(3) Beschlüsse trifft die Nutzerinnen- und Nutzerversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder an der Sitzung teilnimmt. Sollte die Anzahl an Stimmen gleich sein, hat die oder der Vorsitzende eine zweite Stimme.

(4) Von jeder Sitzung der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung muss ein Bericht über die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung angefertigt werden. Die Leistungsanbieterinnen oder Leistungsanbieter unterstützen das in geeigneter Weise.

Abschnitt 3

Anzeige- und Dokumentationspflichten

§ 33 Anzeigepflichten

(1) Zur Anzeige gemäß § 9 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes ist die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter verpflichtet, die oder der die Nutzerinnen und Nutzer in der Wohngemeinschaft betreut. Die Anzeige muss folgende Angaben enthalten:

1. den vorgesehenen Zeitpunkt der Betriebsaufnahme,
2. die Namen und die Anschriften der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter sowie der Wohngemeinschaft,
3. die Nutzungsart, die allgemeine Leistungsbeschreibung, die Konzeption der Wohngemeinschaft sowie das vorgesehene Qualitäts- und Beschwerdeverfahren,
4. die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer, deren Aufnahme beabsichtigt ist, und der Beschäftigten sowie deren Stellenumfang und Qualifikation,
5. den Namen, die berufliche Ausbildung und die Angaben, die für die Beurteilung der fachlichen Eignung der verantwortlichen Fachkraft wesentlich sind,
6. ein Muster der mit den Nutzerinnen und Nutzern abgeschlossenen Verträge,
7. die Regelungen in der vorgesehenen Hausordnung in der Wohngemeinschaft und

8. die Versorgungs- und Vergütungsvereinbarungen nach dem Sozialgesetzbuch, sofern vorhanden; gegebenenfalls sind diese unverzüglich nachzureichen.

(2) Steht die verantwortliche Fachkraft zum Zeitpunkt der Anzeige noch nicht fest, ist die Mitteilung spätestens vor Wohnraumüberlassung und Aufnahme der Betreuung nachzuholen.

(3) Übernimmt ein ambulanter Dienst kurzfristig die Betreuung einer bereits bestehenden Wohngemeinschaft, sind die erforderlichen Anzeigen umgehend nachzuholen.

(4) Der zuständigen Behörde sind Änderungen, die Angaben gemäß Absatz 1 betreffen, unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt für Angaben nach Absatz 1 Nummer 4 nur, wenn sich die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer oder der Beschäftigten um mehr als 10 Prozent gegenüber der letzten Anzeige ändert. Die anzeigepflichtigen Änderungen beziehen sich auf die tatsächlich aufgenommenen Nutzerinnen und Nutzer gegenüber den bisher als beabsichtigt oder tatsächlich aufgenommen gemeldeten. Eine quartalsweise Meldung ist ausreichend.

§ 34 Dokumentationspflichten

Die Bestimmungen des § 24 gelten entsprechend.

Kapitel 3 Servicewohnen

§ 35 Anzeigepflichten

Zur Anzeige gemäß § 9 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes ist die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter verpflichtet, die oder der die Leistung des Wohnens erbringt und die Grundleistungen selbst anbietet oder bestimmt, von wem sie abzunehmen sind. Die Anzeige muss folgende Angaben enthalten:

1. den vorgesehenen Zeitpunkt der Betriebsaufnahme,

2. die Namen und die Anschriften der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter sowie der Servicewohnanlage und
3. ein Muster der mit den Nutzerinnen und Nutzern abgeschlossenen Verträge.

Die zuständige Behörde kann weitere Angaben verlangen, soweit sie zur zweckgerichteten Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Kapitel 4

Ambulante Dienste

§ 36 Anzeigepflichten

(1) Die Anzeige gemäß § 9 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes muss folgende Angaben enthalten:

1. den vorgesehenen Zeitpunkt der Betriebsaufnahme,
2. die Namen und die Anschriften der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter,
3. die pflegerische Konzeption des ambulanten Dienstes und
4. den Namen, die berufliche Ausbildung und die Angaben, die für die Beurteilung der fachlichen Eignung der Unternehmens- und Pflegedienstleitung wesentlich sind.

(2) Soweit für mehrere Nutzerinnen und Nutzer, die in einer Wohnung leben, Betreuungsleistungen erbracht werden, muss die Anzeige auch die Anschrift der Wohnung enthalten. Die Namen der betreuten Personen sind nicht mitzuteilen. Die Mitteilungspflicht nach diesem Absatz gilt nicht, wenn die betreuten Personen miteinander verwandt sind oder in einer Partnerschaft leben und dies den Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbietern bekannt ist.

§ 37 Dokumentationspflichten

Für die Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter in ambulanten Diensten gelten die Bestimmungen des § 24 Absatz 1 Nummer 4 bis 6 entsprechend.

Kapitel 5 Gasteinrichtungen

Abschnitt 1 Anforderungen an die Wohnqualität

§ 38 Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege

(1) Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege müssen über einen angemessen großen Gemeinschaftsraum sowie ausreichende Rückzugsmöglichkeiten für die Tagesgäste (Ruheräume, Liegesessel) und sanitäre Anlagen (Waschbecken, Dusche, separates WC) verfügen.

(2) Bei der baulich räumlichen Gestaltung ist eine Nettogrundfläche von 18 qm je vorgesehenem Betreuungsplatz vorzusehen.

§ 39 Hospize

(1) In Hospizen soll ein Angebot von höchstens 16 Plätzen vorgehalten werden.

(2) Die Zimmer sind in ihrer Größe und Ausstattung so zu gestalten, dass dort die Aufnahme von mindestens einer Besucherin oder einem Besucher möglich ist. Für Besucherinnen und Besucher soll zudem die Übernachtung in einem Gastzimmer ermöglicht werden.

(3) Im Übrigen finden die §§ 6 bis 8 Anwendung.

§ 40 Einrichtungen der Kurzzeitbetreuung

Die Anforderungen an die Wohnqualität richten sich nach §§ 6 bis 8.

Abschnitt 2 Personelle Anforderungen

§ 41 Besondere Fachkraft

In Hospizen muss mindestens eine Pflegefachkraft eine Fortbildung im Bereich Palliativpflege abgeschlossen haben.

Abschnitt 3

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer

§ 42 Vertrauenspersonen

Für die Bestellung von Vertrauenspersonen in Gasteinrichtungen gilt § 22. Für deren Arbeit gelten die Regelungen der §§ 10 bis 13 und 19 Absatz 3 entsprechend.

Abschnitt 4

Anzeige- und Dokumentationspflichten

§ 43 Anzeigepflichten

(1) Bei Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege muss die Anzeige gemäß § 9 Absatz 1 des Wohn- und Teilhabegesetzes folgende Angaben enthalten:

1. den vorgesehenen Zeitpunkt der Betriebsaufnahme,
2. die Namen und die Anschriften der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter sowie der Einrichtung und
3. die Nutzungsart, die allgemeine Leistungsbeschreibung und die Konzeption der Einrichtung.

Die zuständige Behörde kann weitere Angaben verlangen, soweit sie zur zweckgerichteten Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

(2) Für Kurzzeiteinrichtungen und Hospize gelten die Bestimmungen des § 23 entsprechend.

§ 44 Dokumentationspflichten

(1) Für Kurzzeiteinrichtungen und Hospize gelten die Bestimmungen des § 24 entsprechend.

(2) Für die Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege gelten die Bestimmungen des § 24 Nummer 4 bis 6 entsprechend.

Teil 3

Schlussbestimmungen

§ 45 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 42 Absatz 1 Nummer 8 des Wohn- und Teilhabegesetzes handelt, wer als Leistungsanbieterin oder als Leistungsanbieter einer Einrichtung mit umfassendem Leistungsangebot, einer Gasteinrichtung oder einer anbieterverantworteten Wohngemeinschaft vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 13 Absatz 1 Satz 2 den Beirat, das Vertretungsgremium oder die Vertrauensperson oder entgegen § 31 Absatz 1 Satz 2 die Nutzerinnen -und Nutzerversammlung nicht über beabsichtigte Maßnahmen, die der Mitwirkung unterliegen, informiert,
2. entgegen § 13 Absatz 4 oder § 31 Absatz 4 Entscheidungen trifft oder Maßnahmen durchführt, ohne dass die Zustimmung des Beirates, des Vertretungsgremiums oder der Vertrauensperson oder nach einer Erörterung die Zustimmung der zuständigen Behörde vorliegt,
3. die Anzeige nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 bis 8 oder § 33 Absatz 1 Nummer 1 bis 8 nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,
4. entgegen § 13 Absatz 2 oder § 31 Absatz 2 Anträge oder Beschwerden nicht oder nicht rechtzeitig beantwortet oder die Ablehnung nicht schriftlich begründet.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 42 Absatz 1 Nummer 8 des Wohn- und Teilhabegesetzes handelt auch, wer als Leistungsanbieterin oder als Leistungsanbieter einer Einrichtung mit umfassendem Leistungsangebot vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 16 Absatz 3 keine Wahl zum Beirat durchführt,
2. entgegen § 16 Absatz 4 Sätze 2 und 3 der zuständigen Behörde die Wahl oder die Unmöglichkeit der Wahl eines Beirates nicht mitteilt.

§ 46 Übergangsvorschrift

Bei Inkrafttreten dieser Durchführungsverordnung im Amt befindliche Beiräte, Vertretungsgremien und Vertrauenspersonen bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtszeit im Amt. Nach Ablauf der Amtszeit eines Beirates wird ein neues Beratungsgremium nach den Vorschriften dieser Verordnung gebildet.

§ 47 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Ersetzung von Bundesrecht

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Durchführungsverordnung zum Gesetz über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz - WTG) vom 18. November 2008 (GV.NRW. S. 738) außer Kraft.

(2) Diese Verordnung ersetzt im Land Nordrhein-Westfalen gemäß Artikel 125a Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes, neugefasst durch Gesetz vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034), die Heimmindestbauverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1983 (BGBl. I S. 550), die Heimpersonalverordnung vom 19. Juli 1993 (BGBl. I S. 1205), die Heimsicherungsverordnung vom 24. April 1978 (BGBl. I S. 553) und die Heimmitwirkungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 2002 (BGBl. I S. 2896).

(3) Das zuständige Ministerium überprüft unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft nach § 17 des Wohn- und Teilhabegesetzes die Wirksamkeit dieser Verordnung. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über das Ergebnis bis zum 31. Dezember 2018.

Anlage 1 zu § 1 Abs. 2 WTG-DVO

Folgende Berufsgruppen sind, aufgrund einer mit den in § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 2 WTG-DVO aufgeführten gleichwertigen staatlich anerkannten Berufsqualifikation, auch als Fachkräfte in der sozialen Betreuung anerkannt:

Arbeitserzieher/in
Beschäftigungs- und Arbeitstherapeut/in
Diakon/in
Fachkräfte mit Abschluss vor der IHK oder HwK (Nur in Einrichtungen der Eingliederungshilfe)
Fach-Krankenpfleger/in für Psychiatrie
Familienpfleger oder Haus- u. Familienpfleger/in (staatl. Anerkennung) (Als Fachkraft werden nur Familienpfleger(-innen) mit dreijähriger Ausbildung anerkannt)
Gärtner/in
Gesundheitswissenschaftler/in (Diplom, Bachelor, Master)
Gymnastiklehrer/in
Kunsttherapeut/in
Landwirt/in

Lehrer/in (Mit erster Staatsprüfung)
Logopäde/in
Motopäde/in
Musiktherapeut/in
Ökotrophologe (-in)
Pädagogen/in (Diplom, Bachelor, Master)
Rehabilitationspädagoge
Religionspädagoge/in
Sonderpädagoge/in
Sozialtherapeut/in
Sportlehrer/in (Diplom)
Sport- und Bewegungstherapeut/in
Tanztherapeut/in
Tierpfleger/in (mit Therapiehund)
Theologe/in

Begründung

I. Zweck:

Das Wohn- und Teilhabegesetz regelt die ordnungsrechtlichen Anforderungen, die an Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere und pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen gestellt werden. Viele der Anforderungen sind im Gesetz nur allgemein bestimmt und bedürfen der Konkretisierung. Dies sind insbesondere die

- personellen Anforderungen,
- Mindestanforderungen an die Wohnqualität,
- Anforderungen an Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer,
- Anzeige- und Dokumentationspflichten

und die

- Regelungen über die Veröffentlichung der wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen.

Viele dieser Regelungen sind bereits in der Durchführungsverordnung zum Wohn- und Teilhabegesetz vom 18. November 2008 (GV. NRW. S. 738) enthalten (WTG-DVO 2008). Wegen der Ersetzung des WTG 2008 durch das Wohn- und Teilhabegesetz vom ... (WTG 2013) bedarf auch die Durchführungsverordnung einer grundständigen Überarbeitung.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Regelungen über bauliche Mindestanforderungen, die teilweise - als Voraussetzung für die Zahlung von Pflegewohngeld - in der allgemeinen Förderpflegeverordnung vom 15. Oktober 2003, teilweise in der WTG-DVO 2008 enthalten sind. Diese Regelungen sollen nun einheitlich in dieser Durchführungsverordnung zusammengefasst werden.

II. Wesentlicher Inhalt der Verordnung:

Die Verordnung besteht aus einem allgemeinen und einem besonderen Teil. Der allgemeine Teil enthält Regelungen über personelle Anforderungen und die Qualitätssicherung in allen Wohn- und Betreuungsangeboten. Der besondere Teil enthält die Mindestanforderungen an die Wohnqualität, die Anforderungen an

Mitwirkung und Mitbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer und die Anzeige- und Dokumentationspflichten; er ist nach den einzelnen Wohn- und Betreuungsangeboten differenziert.

1. Der allgemeine Teil enthält die fachlichen und persönlichen Mindestanforderungen an die mit betreuenden Tätigkeiten betrauten Beschäftigten. Im Hinblick auf die fachliche Eignung werden die Berufe genannt, die als Fachkraftberufe in den Bereichen der Pflege und der sozialen Betreuung anerkannt werden. Die persönliche Eignung wird dadurch bestimmt, dass durch die Angabe von Katalogstraftaten unwiderleglich vermutet wird, wann die persönliche Eignung nicht vorliegt. Die Regelungen entsprechen grundsätzlich dem bisherigen Recht. Neu aufgenommen wurde die Verpflichtung, die Eignung der Beschäftigten seitens der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter fortlaufend sicherzustellen, sinnvollerweise durch die Forderung, bei der Einstellung und in regelmäßigen Abständen ein Führungszeugnis vorzulegen. Zur Konkretisierung der "Regelmäßigkeit", können die entsprechenden Regelungen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe herangezogen werden. Für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe müssen Beschäftigte nach § 72a S. 1 SGB VIII im Abstand von höchstens fünf Jahren ein aktuelles Führungszeugnis vorlegen. Andere gleich wirksame Verfahren der Eignungssicherung sind denkbar, müssen der Behörde aber auf Verlangen dargelegt werden.

Die bisherige Weiterbildungsverpflichtung wird erweitert: Neben der Verpflichtung der Führungskräfte zur Weiterbildung in Fragen der Personalführung, Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung wird die Verpflichtung aufgenommen, allen Beschäftigten die berufsbegleitende Weiterbildung zu ermöglichen, die erforderlich ist, um die fachliche Eignung zu erwerben und aufrecht zu erhalten.

Der allgemeine Teil enthält außerdem die Verfahrensregeln für die Veröffentlichung der Ergebnisberichte der zuständigen Behörde und der überprüften Selbstdarstellung der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter. Veröffentlicht werden sollen nur die Ergebnisse der Regelprüfungen der Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot, der Gasteinrichtungen und der

anbieterverantworteten Wohngemeinschaften. Die Regelungen über das Verfahren der Prüfung von Einwendungen der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters dienen dem Grundsatz der Verfahrensgerechtigkeit. Gleiches gilt für das Verfahren der Überprüfung der Selbstdarstellung. Zur Vereinheitlichung der zu veröffentlichenden Ergebnisberichte wird der Verordnung eine Anlage mit einem Musterbericht beigelegt.

2. Der besondere Teil unterscheidet nach den einzelnen Wohn- und Betreuungsangeboten. Die nachfolgenden Anforderungen gelten jedoch nur für Neubauten. Bestehende Einrichtungen genießen grundsätzlich Bestandsschutz, . Eine Ausnahme gilt für die Herstellung der Einzelzimmerquote und der Sanitarräume, § 47 WTG 2013.

a) Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot

aa) Die Mindestanforderungen an die Wohnqualität für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot orientieren sich an den bisherigen Anforderungen für Betreuungseinrichtungen nach der WTG-DVO 2008, nehmen aber auch einschlägige Anforderungen aus der allgemeinen Förderpflegeverordnung auf.

Um zu verhindern, dass die Einrichtungen zu groß werden, begrenzt die Verordnung die Zahl der Plätze auf höchstens 80. Die bisherigen verschiedenen Mindestflächen, die in der allgem. FörderpflegeVO und der WTG-DVO 2008 geregelt sind, werden im Sinne einer leichteren Handhabbarkeit in der Praxis vereinheitlicht: Zukünftig soll pro Person eine Nettogrundfläche von 45 qm nicht unterschritten werden. Die übrigen Anforderungen über die Gestaltung des Individualbereiches, insbesondere die Größe der Einzelzimmer, werden aus dem bisherigen Recht übernommen. Neu aufgenommen wird die Anforderung, die technischen Voraussetzungen für die Nutzung des Internet zu schaffen.

Die Mindestanforderungen an die Gestaltung der Gemeinschaftsbereiche werden ebenfalls überwiegend dem geltenden Recht entnommen. Es ist zwingend ein Wohngruppenraum mit mindestens drei qm pro Person zu berücksichtigen. Die bisherige Regelung über Krisenzimmer wird präzisiert: Bisher ist eine ausreichende

Zahl von Krisenzimmern erforderlich, § 2 Absatz 7 WTG-DVO 2008. Zukünftig muss für je bis zu 30 Nutzerinnen und Nutzern, die in Doppelzimmern leben, jeweils ein Krisenzimmer vorhanden sein. Dieses kann im Bedarfsfall auch als „Begleitungs- und Abschiedszimmer“ genutzt werden. Eine Nutzung als „Quarantänezimmer“ (z.B. bei Wiederaufnahme nach Krankenhausaufenthalt und MRSA-Befall) ist nicht zulässig. In Einrichtungen, die ausschließlich über Einzelzimmer verfügen, ist ein Krisenzimmer nicht erforderlich.

bb) § 9 konkretisiert die besonderen Qualifikationserfordernisse für Einrichtungsleitungen. Dabei handelt es sich zunächst um eine allgemeine Erläuterung der geforderten Kenntnisse, die je nach Entwicklung der Fachdiskussion bzw. der entsprechenden Weiterbildungsangebote zu einem späteren Zeitpunkt durchaus weiter konkretisiert werden kann. Soweit Nachweise verlangt werden, diese aber für absolvierte Weiterbildungen nicht mehr vorgelegt werden können, kann die zuständige Behörde sich einzelfallbezogen auf andere Weise vom Vorliegen der entsprechenden Kenntnisse überzeugen.

(cc) Die Regelungen über Mitwirkung und Mitbestimmung werden im Wesentlichen aus der WTG-DVO 2008 übernommen. Es bleibt dabei, dass der Beirat ein echtes Mitbestimmungsrecht in den Bereichen hat, die für das Leben in der Einrichtung von erheblicher Bedeutung sind: die Grundsätze der Verpflegungsplanung, Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung und die Hausordnung.

Der Katalog der Mitwirkungstatbestände erfährt zwei wesentliche Änderungen: Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz für das Vertragsrecht, wovon er nach Auffassung des VGH Baden-Württemberg auch abschließend Gebrauch gemacht hat. Damit kommt eine landesrechtliche Regelung über die Mitwirkung des Beirates bei der Formulierung und Änderung von Verträgen nicht mehr in Betracht. Andererseits soll der Beirat wegen der erheblichen Bedeutung dieser Personalentscheidungen zukünftig bei der Einstellung der Einrichtungsleitung und in Pflegeeinrichtungen auch der Pflegedienstleitung mitwirken können. Das sichert eine frühzeitige Beteiligung des Beirates bei diesen wichtigen Personalentscheidungen, ohne dass die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter in der Entscheidung beschränkt wird, wie es bei einem echten Mitbestimmungsrecht der Fall wäre.

Die Amtszeit der Beiräte wird grundsätzlich beibehalten (vier Jahre in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, in anderen Einrichtungen zwei Jahre). Die Mitgliedschaft im Beirat endet durch Ablauf der Amtszeit, Rücktritt vom Amt oder Ausscheiden aus der Betreuungseinrichtung (z.B. Auszug, Ableben).

Erstmals geregelt werden Bildung und Amtszeit des Beratungsgremiums. Ein Beratungsgremium ist schon nach § 6 Absatz 3 WTG 2008 vorgesehen. Bisher gibt es jedoch keine konkreteren Regelungen. Diese werden jetzt erstmals mit § 20 des Entwurfs der WTG-DVO 2013 geschaffen. Wichtig ist, dass die Bestellung der Mitglieder des Beratungsgremiums des Einverständnisses des Beirates bedarf und die Amtszeiten von Beirat und Beratungsgremium synchron verlaufen. In diesem Zusammenhang ist die Übergangsvorschrift des § 46 dieses Verordnungsentwurfes zu beachten.

(dd) Bei den Anzeige- und Dokumentationspflichten gibt es eine wesentliche Änderung. Bisher ist die Zahl der vorgesehenen Mitarbeiterstellen anzuzeigen, § 28 Absatz 1 Nummer 4 WTG-DVO 2008. Anzuzeigen ist jede Änderung, § 28 Absatz 3 WTG-DVO 2008. Diese Regelung ist nicht praktikabel, da jede Neueinstellung, jedes Ausscheiden aus der Einrichtung und sogar jede Veränderung in der Arbeitszeit einer oder eines Beschäftigten anzeigepflichtig ist. Zudem ist die alleinige Anzeige der Mitarbeiterstellen ohne Bezug auf die Zahl der zu betreuenden Menschen wenig sinnvoll.

Die Regelung wird daher so geändert, dass künftig sowohl die Zahl der aufzunehmenden Nutzerinnen und Nutzer als auch die Zahl der Beschäftigten angezeigt werden muss, um der Behörde die Prüfung zu ermöglichen, dass ausreichend Personal zur Betreuung der Menschen vorhanden ist, § 23 Absatz 1 Nummer 4 dieses Verordnungsentwurfes. Damit nicht jede geringfügige Änderung anzeigepflichtig wird, verlangt die Vorschrift erst dann eine Änderungsanzeige, wenn sich zahlenmäßige Veränderungen im Umfang von mehr als 10% gegenüber dem vorherigen Quartal ergeben.

b) Anbieterverantwortete Wohngemeinschaften

aa) Die baulichen Mindestanforderungen an anbieterverantwortete Wohngemeinschaften sind bewusst auf das zur Erreichung des Schutzzweckes erforderliche Maß reduziert, um an dieses Wohn- und Betreuungsangebot keine übermäßigen Anforderungen zu stellen. Wesentliche Anforderungen wie die Einzelzimmergröße, das Verbot von Durchgangszimmern und die Voraussetzungen für den Anschluss von Kommunikationsmedien werden genau so geregelt wie bei den Einrichtungen mit umfassendem Leitungsangebot. Im Gegensatz dazu orientieren sich die Mindestanforderungen an Sanitäreinrichtungen eher an einer typischen Wohn- oder Familiengemeinschaft. Daher reicht ein Duschbad mit WC für je 4 Nutzerinnen und Nutzer in bestehenden Gebäuden aus; Anforderungen nach einem Pflegebad werden nicht gestellt. Da in der Wohngemeinschaft nur Einzelzimmer zulässig sind, vgl. § 27 Absatz 1 WtG 2013, bedarf es auch keiner Krisenzimmer. Eine Mindestfläche von drei qm je Nutzerin/Nutzer für den Wohngruppenraum soll ermöglichen, dass Wohngemeinschaften auch im vorhandenen Bestand gegründet werden können. Von dieser Regelung sind Abweichungen möglich, § 26 Absatz 2 dieses Entwurfes.

bb) Mitwirkung und Mitbestimmung werden nicht durch einen gewählten Beirat, sondern durch die Gesamtheit der Nutzerinnen und Nutzer in einer Nutzerinnen- und Nutzerversammlung ausgeübt. Damit entfallen die gesamten Vorschriften über das Wahlverfahren, die in einer Wohngemeinschaft ohnehin nicht praktikabel wären. Der Katalog der Mitwirkungs- und Mitbestimmungstatbestände wird jedoch aus dem Recht für die Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot übernommen, da keine Gründe ersichtlich sind, hier geringere Anforderungen zu stellen. Im Gegenteil wird der Aufgabenbereich der Nutzerinnen- und Nutzerversammlung sogar erweitert: So wirkt die Versammlung zum einen auch bei der Aufnahme neuer Nutzerinnen und Nutzer mit. Zum anderen erstreckt sich ihr Mitbestimmungsrecht auch auf Entscheidungen der Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter zur Unterkunft und Betreuung, zur Ausstattung und Gestaltung der Gemeinschaftsräume- und einrichtungen sowie zur sozialen Betreuung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

cc) Die Anzeige- und Dokumentationspflichten werden ebenso geregelt wie für die Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot. Dies ist sachgerecht, da die

Anzeigepflichten ohnehin knapp gehalten sind. Da die anbieterverantworteten Wohngemeinschaften ebenso der Regelüberwachung durch die zuständige Behörde unterliegen wie die Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot, sind insoweit auch keine unterschiedlichen Anforderungen geboten.

c) Servicewohnen

aa) An Angebote des Servicewohnens werden nur sehr geringe Anforderungen gestellt. Sie unterfallen mit Ausnahme der Anzeigepflicht nicht den Anforderungen nach dem WTG 2013 oder dieser Verordnung.

bb) Die Anzeigepflichten werden äußerst knapp gehalten. Die Verpflichtung beschränkt sich auf den Zeitpunkt der Betriebsaufnahme und die Angabe von Namen und Anschrift.

d) Ambulante Dienste

Auch ambulante Dienste müssen nur wenige Anzeigepflichten erfüllen, da sie keiner Regelüberwachung unterliegen. Die wenigen Angaben, die der Verordnungsentwurf verlangt, genügen der zuständigen Behörde, um sich einen Überblick über die in ihrem Bezirk tätigen ambulanten Dienste zu verschaffen.

Auch die Dokumentationspflichten werden knapp gehalten. Die Dokumentationspflicht trifft ambulante Dienste nach § 34 WTG 2013 auch nur insoweit, als sie ihre Leistungen in Wohngemeinschaften nach § 24 Absatz 1 WTG 2013 erbringen. Dokumentiert werden muss nur die Pflege/Betreuung, die Umsetzung der entsprechenden Planungen, die ordnungsgemäße Verabreichung der Medikamente und die Schulung der Beschäftigten im Umgang mit Medikamenten sowie die rechtmäßige und fachgerechte Durchführung freiheitsentziehender Maßnahmen.

e) Gasteinrichtungen

Die Anforderungen an Gasteinrichtungen richten sich nach dem gesetzlichen Grundsatz, vgl. § 37 WTG 2013, wonach für Hospize und Einrichtungen der Kurzzeitbetreuung die gleichen Anforderungen gelten wie für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot und sich die Anforderungen an Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege grundsätzlich nach den Anforderungen des 2. Kapitels des allgemeinen Teils der WTG 2013 richten. Insofern werden im Entwurf dieser Verordnung nur die wenigen Besonderheiten geregelt.

aa) Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege müssen über einen angemessen großen Gemeinschaftsraum sowie ausreichende Rückzugsmöglichkeiten für alle Tagesgäste (Ruheräume, Liegesessel) und sanitäre Anlagen (Waschbecken, Dusche, separates WC) verfügen. Die Nettogrundfläche in Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege darf mit 18 qm je Platz geringer sein als in Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot, da die Nutzerinnen und Nutzer sich nur einige Stunden am Tag oder in der Nacht in der Einrichtung aufhalten, ansonsten aber in ihrem gewohnten Zuhause weiterleben. Insofern erscheint die für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot vorgesehene Nettogrundfläche von 45 qm als zu groß.

Da es wichtig ist, dass sterbende Menschen die Gelegenheit erhalten, einen engen Kontakt mit Angehörigen, Freundinnen und Freunden aufrecht zu erhalten, sieht der Entwurf der Verordnung vor, dass in Hospizen die Möglichkeit bestehen muss, einen Gast zur Übernachtung im Zimmer der Nutzerin/ des Nutzers aufzunehmen.

Da Einrichtungen der Kurzzeitbetreuung sich nur in der Zeitdauer der Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer von den Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot unterscheiden, im Übrigen aber keine Unterschiede bestehen, gelten für sie die Mindestanforderungen an die Wohnqualität im selben Umfang wie für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot.

bb) In Gasteinrichtungen wird kein Beirat gewählt, sondern eine Vertrauensperson von der zuständigen Behörde bestellt. Für diese Vertrauensperson gelten grundsätzlich dieselben Regelungen wie für den Beirat; daher wird auf die dort geregelten Mitwirkungs- und Mitbestimmungstatbestände verwiesen. Auch die

Vertrauensperson hat die Möglichkeit, externen Sachverstand hinzuzuziehen, vgl. § 19 Absatz 3 dieses Entwurfes.

cc) Die Anzeigepflichten für Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege werden knapp gehalten, da an diese Einrichtungen auch im Übrigen geringere Anforderungen gestellt werden als an Hospize und Einrichtungen der Kurzzeitbetreuung. Für letztere gelten die gleichen Anzeige- und Dokumentationspflichten wie für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot. Die Dokumentationspflichten für Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege beschränken sich auf die Pflege/Betreuung, die Umsetzung der entsprechenden Planungen, die ordnungsgemäße Verabreichung der Medikamente und die Schulung der Beschäftigten im Umgang mit Medikamenten sowie die rechtmäßige und fachgerechte Durchführung freiheitsentziehender Maßnahmen.

f) Ordnungswidrigkeiten

Die Ordnungswidrigkeitentatbestände werden im Wesentlichen aus dem bisherigen Recht übernommen. Bußgeldbewehrt ist die Nichterfüllung derjenigen Anforderungen, die zur Erfüllung des Gesetzes- und Verordnungszweckes geboten erscheinen.

g) Übergangsvorschriften

Durch das Inkrafttreten dieser Verordnung soll die Amtszeit der im Amt befindlichen Beiräte, Vertretungsgremien und Vertrauenspersonen nicht beendet werden. Sie bleiben daher bis zum Ablauf ihrer Amtszeit im Amt. Da es für Beratungsgremien bisher keine konkreten Regelungen gibt, ihre Amtszeit sich aber künftig nach der Amtszeit der Beiräte richten soll, können auch diese Beratungsgremien bis zum Ablauf der Amtszeit des Beirates ihre Tätigkeit fortsetzen. Mit der Wahl eines neuen Beirates kann dann auch ein Beratungsgremium mit derselben Amtszeit gebildet werden.

h) Inkrafttreten

Da diese Verordnung die WTG-DVO 2008 ersetzen soll, ist auch eine Regelung erforderlich, die nach Art. 125a GG die bisher geltenden Verordnungen nach dem Heimgesetz ersetzt.

III. Auswirkungen für Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und Kommunen

Für Bürgerinnen und Bürger ergeben sich aus der Verordnung keine, insbesondere keine finanziellen, Auswirkungen.

Die Auswirkungen für Unternehmen, gerade für die Leistungsanbieterinnen und Leistungsanbieter, sind grundsätzlich im Vorblatt zum Entwurf des Wohn- und Teilhabegesetzes 2013 beschrieben (LT-Ds. 16/3388).

Auch die Anforderungen in diesem Verordnungsentwurf gehen für Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot nicht über das hinaus, was nach bisherigem Recht (Wohn- und Teilhabegesetz mit Durchführungsverordnung, Landespflegegesetz mit Verordnungen) gilt.

Für anbieterverantwortete Wohngemeinschaften, die bisher schon in den Geltungsbereich des Heimgesetzes bzw. des WTG 2008 gefallen sind, werden ebenfalls keine höheren Anforderungen gestellt. Im Gegenteil werden die bisherigen Anforderungen der WTG-DVO 2008 an diese Wohn- und Betreuungsform gerade im Bereich der Wohnqualität und der Mitwirkung und Mitbestimmung angepasst, so dass die in der Praxis nach bisherigem Recht häufig erforderlichen Ausnahmegenehmigungen verzichtbar werden.

Nach dem WTG 2008 hängt die Anwendbarkeit des Gesetzes für das Servicewohnen vom Art und Umfang der Betreuungsleistungen ab. Dem WTG 2013 unterfällt das Servicewohnen nur hinsichtlich der Anzeigepflicht nach § 9 Abs. 1 Satz 1 WTG 2013.

Die Anzeigepflichten für ambulante Dienste müssen ohnehin im Rahmen des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst erfüllt werden. Die Dokumentationspflichten beschränken sich auf wenige Bereiche, deren

Dokumentation schon nach leistungsrechtlichen Vorschriften erfolgt. Insoweit wird diese Verpflichtung nur zusätzlich einer anlassbezogenen Kontrolle unterworfen, ohne dass sie für die Dienste mit einem erneuten Aufwand verbunden wäre.

Die Anforderungen für Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen sind zwar neu, aber wesentlich geringer als die Anforderungen an Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot. Für Hospize und Einrichtungen der Kurzzeitbetreuung bleibt es im Wesentlichen bei den bisherigen Anforderungen.

Neuen Prüfaufwand der zuständigen Behörden gibt es im Bereich der ambulanten Dienste und der Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege. Die Prüfungen erfolgen jeweils nur anlassbezogen; bei den ambulanten Diensten kann auch auf Informationen zurückgegriffen werden, die ohnehin im Rahmen des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst bereits erhoben wurden. Im Übrigen wird dieser erhöhte Prüfaufwand, wie in der Begründung zum Entwurf des Wohn- und Teilhabegesetzes 2013 bereits beschrieben (LT-Ds... 16/3388), durch eine entsprechende Verlängerung der Prüfintervalle, eine bessere Abstimmung mit anderen Prüfinstitutionen und der erheblichen Reduzierung des Prüfaufwandes für Befreiungsanträge ausgeglichen.